

POLEN (Polska)

Fläche	312.685 km ² (5/6 der Fläche Deutschlands)
Einwohner	38,12 Mio. (zum Vergleich D: 82,4 Mio.)
Einwohner / km²	122
Hauptstadt weitere Städte	Warszawa/Warschau, (1,70 Mio. Einwohner) Kraków/Krakau (760.000). Łódź (757.000), Wrocław/Breslau (635.000)
Unabhängigkeit	11. November 1918 (Staatsfeiertag)
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit gesetzgebendem Sejm (460 Sitze) und Senat (100 Sitze) Staatspräsident Lech Kaczyński (seit Herbst 2005) Ministerpräsident Donald Tusk (seit Herbst 2007) Die Exekutive wird vom Ministerpräsidenten (polnisch kurz <i>Premier</i>) und einem Ministerrat ausgeführt, die vom Staatspräsidenten ernannt werden und mit diesem bestimmte Kompetenzen (Landesverteidigung, Außenpolitik) teilen, jedoch dem Parlament verantwortlich sind.
Religion	95,8 % der Gesamtbevölkerung römisch-katholisch 570 000 Orthodoxe, 270 000 Protestanten zudem kleine jüdische Minderheit
BIP/Einwohner	14.700 € (nach Kaufkraftstandard, Prognose für 2009) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 57 % des Durchschnitts der EU (27)
Anteil der Beschäftigten in	Landwirtschaft 12 % Industrie 34 % Dienstleistungen 56 %
BIP-Wachstum	4,8 % (2008), 0,0 % (Prognose für 2009)
Inflationsrate	4,2 % (2008), 2,3 % (Prognose für 2009)
Arbeitslosenquote	8,5 % (Mai 2009)

Aus historischen und politischen Erwägungen genießt die seit dem 1. Mai 2004 bestehende **EU-Vollmitgliedschaft** Polens nach wie vor einen hohen Stellenwert in der polnischen Außenpolitik, auch wenn unter der Herrschaft der Kaczyński-Zwillinge die EU-Partner vor harte Belastungsproben gestellt wurden. Der Weg in die Gemeinschaft freier und demokratischer Völker Europas begann für Polen nicht erst 1989 mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, sondern bereits zehn Jahre zuvor mit den Streiks der Gewerkschaftsbewegung **Solidarność** in Danzig. Der Kampf der gewerkschaftlichen Opposition unter Lech Wałęsa in den 1980er Jahren für politischen und wirtschaftlichen Wandel bereitete den Weg in die Demokratie und legte den Grundstein für das heutige demokratische Polen.

Polen als Flächenstaat des östlichen Mitteleuropa hat **Grenzen** mit sieben Staaten und kann daher als ein natürlicher Mittler zwischen Ost und West und Förderer der regionalen Zusammenarbeit gelten. Die Grenze zu Deutschland (Oder-Neiße) ist ca. 470 km lang.

Von der seit 2004 bestehenden Vollmitgliedschaft in der EU erhoffen sich die polnischen Bürgerinnen und Bürger

- die „**Rückkehr**“ in die westliche Welt nach der Zeit der Zwangszugehörigkeit zum „Ostblock“ unter sowjetischer Führung. Auch die kulturelle und historische Dimension spielen hier eine bedeutsame Rolle. Polen verabschiedete am 3. Mai 1791 die erste geschriebene Verfassung in Europa. Die Einbindung in das kulturelle, wissenschaftliche und geistige Leben in Europa war immer stark ausgeprägt. Schon das Jahr 1000 und die damit verbundene endgültige Entscheidung für die lateinisch-christliche Kirche stellen für Polen ein wichtiges Ereignis dar. Nicht zuletzt muss der 1978 gewählte und 2005 verstorbene Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) mit seiner überragenden weltweiten Wirkung hervorgehoben werden. Seine Besuche in der Volksrepublik Polen waren von bahnbrechender Bedeutung für den Wandel.
- **Stabilität** und **Sicherheit** für ihr Land. Dazu zählt auch die seit März 1999 bestehende NATO-Mitgliedschaft. Die keineswegs unumstrittene, wenn auch wenig in der Öffentlichkeit kritisierte Beteiligung am Irak-Krieg und die bedingungslose Treue zur Bush-Administration haben nicht zuletzt in den Beziehungen zu anderen EU-Ländern zu einer Reihe von Spannungen geführt.
- den Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**.
- die Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung** ihrer Volkswirtschaft. Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt und **Stabilisierung** der noch jungen Demokratie und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Polen bewusst, dass in der Europäischen Union das geringe Pro-Kopf-Einkommen und die agrarische Prägung des Landes als problematisch bewertet werden. Auch ist bekannt, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich wollen ihre Arbeitsmärkte für polnische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer nicht vor 2009 öffnen. Spätestens im Jahr 2011 muss diese Grundfreiheit des EU-Binnenmarktes allerdings allen im Jahr 2004 beigetretenen EU-Ländern eingeräumt werden.
- Die Bevölkerung erwartet von der EU-Mitgliedschaft vor allem auch eine rasche **Verbesserung des Lebensstandards** und bessere soziale Lebensbedingungen nach langen und harten Jahren der wirtschaftlichen Anpassung an ein marktwirtschaftliches System und der unternehmerischen Umstrukturierungen.

Geschichte des Reformprozesses seit 1989 und Politik heute

Polen gehörte zu den ersten ostmitteleuropäischen Reformstaaten während der „**sanften Revolution**“ 1989. Es hat sich im Gefolge der Umwandlungsprozesse eine politische **Demokratie** entwickelt. Der Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem vollzog sich friedlich. Der friedliche Wechsel des Präsidentenamtes spiegelt die Stabilität der polnischen Demokratie wider. Dennoch müssen in einzelnen Bereichen des politischen Systems Reformen durchgeführt werden (wie beispielsweise bei der Reform der Sozialversicherung), damit die notwendigen Anpassungsschritte für eine bessere **EU-Integration** vollzogen werden können. Der Regierungs- und Verwaltungsapparat muss noch modernisiert werden. Von einer konsolidierten Parteiendemokratie kann allerdings noch nicht gesprochen werden.

Innerhalb des polnischen Staates muss sich die **Kirche** erst wieder ihre einst sehr starke Stellung erarbeiten. Gerade die katholische Kirche stellte ein enorm wichtiges Sammelbecken anti-kommunistischer Kräfte dar. Ähnliches gilt ebenso für die Gewerkschaften. Das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung gesellschaftlicher Organisationen und Interessengruppen für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie ist noch nicht richtig vorhanden. Die Medienlandschaft entwickelt sich immer stärker, dies ist jedoch verbunden mit dem Problem der Konzentration wirtschaftlicher Macht. Der Aufbau der so genannten „Civil

Society“ verläuft schleppend, da die Beteiligung der Menschen an gesellschaftlichen Aktivitäten nicht sonderlich ausgeprägt ist. Dies könnte mit der historisch begründeten „anti-etatistischen“, Grundhaltung der Polen zu tun haben.

Polen verabschiedete 1997 eine neue **Verfassung**, die auf republikanisch-demokratischen Elementen basiert und sowohl ein parlamentarisches Regierungssystem als auch den demokratischen Rechtsstaat verankert. Als Ziel wurde die Etablierung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ definiert. Ebenso wurde ein Verfassungsgericht ins Leben gerufen. Polen achtet Menschen- und Minderheitenrechte. Die deutsche Minderheit (ca. 250.000 Menschen) ist mittlerweile mit nur noch einem Abgeordneten im polnischen Parlament, dem Sejm, vertreten.

Grund zu Besorgnis gibt die **Korruption** in Polen, obwohl Gesetze zu ihrer Eindämmung verabschiedet wurden. Doch nach wie vor stellt dieses Problem eines der gesellschaftlichen und politischen Hauptübel in der Wahrnehmung der Bevölkerung dar. Darüber hinaus zeigt sich eine ausgeprägte Politikverdrossenheit, da vor allem junge Menschen von den politischen Eliten – egal aus welchem politischen Lager – bitter enttäuscht wurden. Die Wahlbeteiligung bei den letzten Parlamentswahlen lag bei lediglich knapp über 50 Prozent!

Die **Präsidentenwahlen** im Herbst 2005 gewann bei eben erschreckend niedrigen Wahlbeteiligungen sowohl bei der Wahl zum Präsidenten als auch der **Wahl zum Sejm** (Parlament) sowie zum Senat der nationalkonservative Lech Kaczyński, während vom Sommer 2006 bis Herbst 2007 sein Zwillingbruder Jarosław Kaczyński (Partei PiS) als Ministerpräsident Polen regierte. Beide gehören derselben Partei „PiS – „Recht und Gerechtigkeit“ an. Ein deutlicher Rechtsruck prägte zweifelsohne die innenpolitischen Geschehnisse sowie die außenpolitische Haltung Polens. Auch in der Gesellschaftspolitik deutet vieles auf eine starke Veränderung in der politischen Landschaft und Kultur in Polen hin, auch wenn der ehemalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński bei einem Besuch bei der Europäischen Kommission klarzustellen versuchte, dass in Polen eine stabile Demokratie herrsche, in der alle Menschen- und Bürgerrechte geachtet werden. Darüber hinaus stellt die veränderte politische Lage das deutsch-polnische Verhältnis weiterhin auf eine ernsthafte Probe. Beinahe an der Tagesordnung waren Verstimmungen seitens der polnischen Regierung über bspw. eine in einer deutschen Tageszeitung erschienene Satire oder vor allem den Bau der Ergasppipeline von Russland durch die Ostsee vorbei an polnischem Staatsterritorium.

Im Sommer 2007 eskalierte die politische Lage in Polen wegen des Zerwürfnisses zwischen den Parteien der Regierungskoalition derart, dass am **21. Oktober 2007 Neuwahlen zum Parlament (Sejm)** anstanden. Grund dafür waren Entlassungen von Ministern, unsägliche Schmutzkampagnen und Vorwürfe, Korruptionsaffären und ein politischer Stil der „Rechten“, der jeglicher demokratischen Tradition spottete. Viele Menschen in Polen erhoffen sich nun vom Ausgang der **Neuwahlen** einen einschneidenden Richtungswechsel und eine komplette Neuausrichtung der Politik. Die favorisierte **bürgerlich-konservativ-liberale Bürgerplattform (Platforma Obywatelska PO)** mit ihrem Spitzenkandidaten Donald Tusk (er und seine Familie stammen aus Gdańsk/Danzig) konnte die Wahlen überzeugend gewinnen und ging eine Koalition mit der gemäßigten Bauernpartei, angeführt von Ex-Premier Waldemar Pawlak, ein. Schon am Wahlabend kündigte der designierte Ministerpräsident Tusk eine völlige Neuausrichtung der Politik Polens auch innerhalb der EU, mit dem Nachbarn Deutschland und auch gegenüber Russland an.

Nach lang andauernden Auseinandersetzungen zwischen Staatspräsident Lech Kaczyński (PiS) und Premier Donald Tusk (PO) konnte am 1. April 2008 der **Lissaboner Reformvertrag** zur Abstimmung im Sejm gestellt werden. Die Annahme des Vertragswerkes zeigte, dass die Isolation Polens innerhalb der EU endgültig aufgehoben werden und eine mehrheitsfähige Konsenspolitik möglich gemacht werden konnte.

Aufgrund der Ablehnung des EU-Reformvertrags durch Irland im Juni 2008 sieht sich nun der Staatspräsident Lech Kaczyński dazu angehalten, seinerseits die Unterschrift unter das Vertragswerk zu verweigern, obwohl Parlament und Regierung formell dazu den Auftrag gegeben haben. Laut Experten des polnischen Verfassungsrechts ist Kaczyński nicht dazu berechtigt, dem Vertragswerk die Unterzeichnung zu verweigern. Präsident Kaczyński nutzt die Situation allerdings, um die EU-skeptische Haltung der politischen Rechten zu fördern und mit einer Hinhaltenaktik die Ratifizierung zu stoppen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Polen hat inzwischen nach langen und harten Jahren des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft und der umfassenden Privatisierung eine gut ausgebaute und **funktionierende Marktwirtschaft**. Die Privatwirtschaft ist bestimmend für die wirtschaftliche Leistung. Dennoch bedarf es weiterer Reformen, besonders nach den Jahren des Booms in den neunziger Jahren geriet die Wirtschaft ins Straucheln. In den Jahren 2000 und 2001 kam es zu einem konjunkturellen Abschwung. Das reale Wirtschaftswachstum sank auf 2 bis 3 % pro Jahr. Seit 2002 befindet sich Polen wieder auf dem Pfad der Erholung. Lange Zeit war die **Arbeitslosenquote** mit über 18 % das Hauptübel der wirtschaftlichen Strukturprobleme! Zwischenzeitlich schnellte die Arbeitslosenquote in manchen Regionen Ost- und Nordpolens sogar auf über 20 % hoch. Durch das hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, den gestiegenen Handel, auch mit Deutschland, sowie die (temporäre) Auswanderung von weit mehr als zwei Millionen Polen (insbesondere in Richtung GB oder IRL) konnte die Arbeitslosigkeit bis Ende 2008 auf ca. 8 Prozent gesenkt werden. Durch die Weltwirtschaftskrise, die auch Polen hart trifft, stieg die Arbeitslosigkeit wieder an.

Für Polen brachte das Jahr 2008 wieder ein beachtliches reales **Wirtschaftswachstum** von knapp 5 %. Es liegt damit weit über den Werten, die für Deutschland vorhergesagt wurden. Jedoch sind die strukturellen Probleme in vielen Industriebranchen und in der Landwirtschaft nach wie vor enorm. Es herrscht zudem ein riesiges Stadt-Land-Gefälle. Vor allem der Osten des Landes ist von extrem hoher Arbeitslosigkeit gebeutelt. Auch unter Jugendlichen von 18 bis 25 Jahren herrscht eine enorm hohe Arbeitslosigkeit, sodass viele junge Menschen versuchen, das Land zu verlassen, um im europäischen Ausland zu arbeiten. Für 2009 wird ein Nullwachstum vorhergesagt. Damit ist Polen nicht so dramatisch von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen wie Deutschland, Spanien oder auch Ungarn.

Der polnische **Außenhandel** ist gekennzeichnet durch rasante Zuwachsraten der wertmäßigen Ein- und Ausfuhren und stark auf die anderen EU-Staaten ausgerichtet. Rohstoffe, Erdöl und Erdgas werden insbesondere aus Russland bezogen. Etwa zwei Drittel des polnischen Handels werden mit anderen EU-Ländern abgewickelt. Im Jahre 2006 belief sich der Wert der polnischen Importe auf 99,9 Mrd. €, verbunden mit einem Zuwachs um ca. 23 % gegenüber dem Vorjahr. Polens Exporte machten 87,5 Mrd. € aus. Sodass sich ein nach wie vor erhebliches Handelsbilanzdefizit ergibt, das sich jedoch aufgrund der aufholenden wirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern erklären lässt. Der seit 1997 zu beobachtende Trend, dass die Einfuhren aus der EU schneller wachsen als die Ausfuhren in die EU, setzt sich fort. Besonders der boomende Handel mit Deutschland erlebt seit Jahren zweistellige Zuwachsraten. Polen importiert insbesondere Waren aus den Bereichen Fahrzeug- und Maschinenbau sowie Elektroindustrie und Chemie. Die Struktur der Ausfuhren Polens ähnelt der Importstruktur, da vor allem ein reger intraindustrieller (Handel mit gleichen oder ähnlichen Gütern) sowie interindustrieller (Handel mit nicht ersetzbaren, substituierbaren Gütern) stattfindet.

Polens Wirtschaft ist in vielen Bereichen **konkurrenzfähig**. In der Industrie haben neben der Fahrzeugindustrie, der Lebensmittelerzeugung und Energieversorgung nach wie vor Bergbau und Hüttenindustrie eine starke Stellung, gefolgt von Maschinen und elektrischen Geräten sowie Textilien und Bekleidung. Der Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gewinnt gegenüber Industrie und Landwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Polen kann nicht als Niedriglohndland betrachtet werden, sondern versucht zusehends, kapital- und technologieintensive Produktionszweige zu intensivieren.

Die derzeitige Lage der **polnischen Landwirtschaft** ist - insbesondere in Zentral-, Süd- und Ostpolen - geprägt durch sehr kleinbetriebliche Strukturen, besonders im Vergleich mit der Landwirtschaft in anderen Ländern der Europäischen Union. Die nach wie vor schlechte Infrastruktur im ländlichen Raum und der Mangel an Beschäftigungsalternativen sind ein bedeutendes soziales Problem im ländlichen Raum, auch wenn seit dem EU-Beitritt 2004 viele Finanzmittel in den ländlichen Raum geflossen sind. Die anfangs sehr skeptische

Landbevölkerung zählt sogar zu den Gewinnern des EU-Integrationsprozesses. 27 % der arbeitenden Bevölkerung sind in Polen in irgendeiner Form in der Landwirtschaft beschäftigt, oftmals auf Kleinsthöfen (weniger als 5 ha). Auf dem Land leben 38 % der Bevölkerung, sodass Polens Urbanisierung geringer ausfällt als die westeuropäischer Länder. Die Lage auf dem Land ist vielfach gekennzeichnet durch Überbeschäftigung, zu kleine Höfe und geringe alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Einkommen der Landbevölkerung liegt bei nur 38 % des Einkommens der Stadtbevölkerung. Besonders auf dem Land ist die Arbeitslosigkeit hoch, und nur 0,4 % der Höfe fällt mit mehr als 50 h Fläche unter die Kategorie der Großbetriebe. Polen wünscht sich seit seinem EU-Beitritt noch stärkere Direktbeihilfen für Landwirte nach dem bisherigen EU-Standard. Allerdings hat sich die Lage der Landbevölkerung durch Finanztransfers aus Brüssel verbessert; dies führte zu einer besseren Akzeptanz der EU unter den Landwirten.

Von der Einführung des **Euro**, für die Einhaltung der strengen Maastricht-Kriterien (niedrige Inflationsrate, geringes Haushaltsdefizit sowie geringe Gesamtverschuldung des Staates und niedriges Zinsniveau) ist Polen wegen der Probleme im Staatshaushalt, der hohen Zinsen und der immer noch hohen Inflationsrate noch weit entfernt. Die Pläne für die Einführung des Euro müssen permanent in die Zukunft verschoben werden (nicht vor dem Jahr 2012). Der politische Wille der neuen Regierung deutet jedoch auf eine konsequent zu befolgende Qualifizierung für den Euro hin.

Um die **Konkurrenzfähigkeit** der polnischen Wirtschaft zu erhöhen, sind umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen (beispielsweise in der Telekommunikation und im Verkehrswesen) notwendig. Polen kann diese Mittel allein nicht aufbringen (schätzungsweise 60 Milliarden Euro) und ist daher auf Mittel aus dem Strukturfonds der EU angewiesen.

Weitere Bereiche

Ein wichtiges Feld sind die vereinbarten langen Übergangsfristen für das Erreichen der EU-Norm in den Bereichen **Umweltschutz**, die Normenangleichung und die **Rechtsharmonisierung**, die eine enorme Herausforderung darstellen. Am 21. Dezember 2007 trat Polen endgültig dem **Schengener Raum** bei und damit konnte die Reisefreizügigkeit umgesetzt werden. Allerdings sind damit enorme Anstrengungen im Bereich der Grenzsicherung und der stärkeren Zusammenarbeit im Bereich des **Inneren** und der **Justiz** gefordert. Vor allem die administrativen Voraussetzungen für die Umsetzung des „gewaltigen“ EU-Rechtsapparates sind nach wie vor ein Problembereich.

Zum **nicht unproblematischen Verhältnis Polens zum Nachbarn Deutschland**: Immer wieder auftauchende Verstimmungen sind vor allem politisch motiviert, betreffen aber weniger das Alltagsleben der Menschen, das sehr viel pragmatischer geprägt ist. Auch wenn der Streit um die Ostseegaspipeline, das von manchen Vertriebenenkreisen in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ oder die Rückgabebeforderungen der „Preußischen Treuhand“ zu massiven Problemen geführt haben, so gibt es inzwischen eine sehr intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch verschiedene neue Euroregionen, z.B. „Pomerania“. Mit dem Regierungswechsel hat sich auch die Rhetorik zwischen den Regierungen positiv verändert und vor allem die Zusammenarbeit der Außenministerien fundamental verbessert. Deutschland muss ein starkes Interesse daran haben, die Stabilitätszone im mittel- und osteuropäischen Raum auszuweiten. Vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Vergangenheit erwarten die Menschen in Polen eine starke deutsche Unterstützung für die weitere Integration.

Polen in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Komplexe, wenig konsolidierte Parteienlandschaft; Rückkehr der bürgerlichen Mitte (PO – Bürgerplattform) nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2007; Abwahl der politischen „Rechten“ – PiS (Recht und Gerechtigkeit), Samoobrona (Selbstverteidigung), Liga polnischer Familien LPR (die letzteren beiden Parteien sind nicht mehr im Sejm vertreten)
- Seit Ende 2008 ist auch Polen von der weltweiten Rezession betroffen; nach Jahren starker Wachstumsimpulse mit hohen realen Wachstumsraten des BIP konnten zwar die vormals sehr hohen Arbeitslosenquoten gesenkt werden, die Wirtschaftskrise trifft aber die polnische Exportwirtschaft und den Arbeitsmarkt hart.
- Die Wirtschaftskrise führte zu einer drastischen Abwertung der polnischen Währung Złoty gegenüber dem Euro.
- Radikale Reformen des Sozialversicherungssystems und Gebietsreform verbunden mit Finanzierungsproblemen
- Unzureichende Finanzausstattung nach weitreichenden Reformen im Schul- und Bildungswesen
- „Soziale Marktwirtschaft“ als Ziel in der 1997 verabschiedeten Verfassung
- Stabilitätsorientierte Geldpolitik, aber Problem der fiskalischen Konsolidierung
- Enorme regionale Disparitäten zwischen Großräumen und Peripherie
- Temporäre bzw. dauerhafte Auswanderungswelle (Großbritannien, Irland)

Wirtschaftsgeographie Polens

- **Region A+:** Großraum Warszawa – quasi Vollbeschäftigung, hohe Investitionsquote, Facharbeitermangel, Immobilien- und Einzelhandelsboom, Agglomerations- und Sogwirkungen ausgeprägt
- **Regionen A:** Kraków, Wrocław, Poznań – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen
- **Regionen B:** Ostseeregion (Szczecin, Gdańsk), West- und Südwestpolen, Teile Oberschlesiens (Katowice) – bereits signifikante Arbeitslosigkeit, strukturelle Probleme sichtbar, aber verbesserte Infrastruktur und industrielle Umwandlung
- **Regionen C:** Schlesien, Zentralpolen, Südostpolen – höhere Arbeitslosenquote, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers fraglich, verbreitet notleidende Industrien
- **Regionen D:** Nordostpolen, Nordwestpolen, Ostpolen – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, erzwungene Auswanderung, unzureichendes Unternehmertum

Stand: Juni 2009